

# Arbeitspendent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 28. März 1931

Nummer 25

### Gegen den Abbau übertariflicher Entlohnung

Jedem weiteren Abbau übertariflicher Entlohnung ist von jedem einzelnen Verbandsmitglied mit besten Kräften entgegenzuwirken. Von besonderer Bedeutung für diese Abwehr ist der Verzicht auf Annahme von Stellungsangeboten, die zur Besetzung von Arbeitsstellen dienen sollen, die infolge Lohnabbauversuchs von ihren bisherigen Inhabern entweder freiwillig aufgegeben oder durch Kündigung von Unternehmenseite aufgegeben werden mußten.

Dazu ist unbedingter erforderlich, daß die in § 17 der „Bestimmungen über die Unterstützungen“ nach den Beschlüssen des Verbandsvorstandes vom 5. August 1929 für alle Mitglieder vorgeschriebene Einziehung einer Erkundigung bei dem zuständigen Gauvorsteher vor jedem Konditionswechsel streng beachtet wird. Nichterfüllung dieser fahungsgemäßen Pflicht hat zur Folge, daß diese Mitglieder auf die Dauer von 13 Wochen außer Bezug jeder Unterstützung gesetzt werden, ebenso wird im Falle eines Umzugs keine Umzugsbeihilfe gezahlt. Viele Anfragen lassen erkennen, daß über den Begriff „zuständiger Gauvorsteher“ immer noch Unklarheit herrscht. Allwöchentlich gehen bei einzelnen Gauvorstehern Anfragen ein, die an andre Gauvorsteher weitergeleitet werden müssen, wodurch Zeitverhältnis, unnötige Portoauslagen usw. entstehen. Zuständig ist nur der Vorsteher des Gaues, in dessen Bereich der Betrieb liegt, wohin sich das Mitglied verändern will. Bei Stellenangeboten ist also zunächst auf den Seiten 45 bis 64 der Verbandsjahrgang festzustellen, zu welchem Gau der in Betracht kommende Druckort gehört; die Adresse des zuständigen Gauvorstehers ist dann aus nachstehendem Verzeichnis der diesbezüglichen Anschriften zu ersehen. Auskunfts-einholungen nur bei Gau- oder Kreisleitungen der Sparten sind nicht möglich. Die Auskunft des zuständigen Gauvorstehers ist mit dem Verbands-quittungsbuch dem Vorstand des neuen Konditions-ortes abzugeben. Etwaiger Mißbrauch der Auskunftserteilung zieht Ausschluß aus dem Verband nach sich.

\*

Bayern: Gauvorsteher August Döbling, München 2, SO 8, Hofstraße 24, I.  
Berlin: Gauvorsteher Robert Braun, Berlin SO 16, Engeliner 24, I.  
Danzig: Gauvorsteher Karl Töpfer, Danzig, Karpen-  
schien 26.  
Dresden: Gauvorsteher Max Sablmann, Dresden,  
Mühlendammstraße 7, I.  
Ergänzung-Bezirk: Gauvorsteher Erich Derick, Chemnitz,  
Welfenstraße 7, I.  
Frankfurt-Sachsen: Gauvorsteher Wilhelm Neve & Co., Frank-  
furt a. M., Albrechtstraße 51, III.  
Hamburg-Altona: Gauvorsteher Dr. Kunzler, Hamburg,  
Fleckenbinderhof 57, II, Zimmer 3.  
Hannover: Gauvorsteher Gustav Pflaumen, Hannover,  
Hofstraße 7, II.  
Leipzig: Gauvorsteher Leopold Fellebarth, Leipzig,  
Bismarckstraße 9, II.  
Meklenburg-Vorpommern: Gauvorsteher E. Dabunde, Schwerin,  
Hofstraße 19.  
Mittelrhein: Gauvorsteher Friedrich Conrad, Mannheim,  
P. 4, 4/5 „Volkshaus“.  
Nordwest: Gauvorsteher Franz Siders, Bremen, Am  
Wall 82.  
Obersachsen: Gauvorsteher Karl Sandfort, Freiburg i. Br.,  
Schwabentorstraße 2, II.  
Oder: Gauvorsteher Gustav Reinf. Elettin, Minden-  
straße 20.  
Sachsen: Gauvorsteher S. Reiser, Königsberg i. Pr.,  
Bender-Markt 11/12, III.  
Sachsen-Westfalen: Gauvorsteher G. Zschner, Röt-  
ten am Rhein, Werrenhof 24.  
An der Saale: Gauvorsteher Hugo Böna, Halle a. d. S.,  
Kleine Klausstraße 7, I.  
Saargebiet: Gauvorsteher Anselm Stöck, Saarbrücken,  
Braunerstraße 108.  
Sachsen: Gauvorsteher Karl Fiedler, Breslau, Mar-  
garitenstraße 17, II.  
Sachsen-Polen: Gauvorsteher Martin Präter, Al-  
tenaustraße 21, II.  
Sachsen: Gauvorsteher Karl Wislawa, Weimar, Döl-  
schstraße 30, part.  
Württemberg: Gauvorsteher Gottlob Klein, Stuttgart,  
Königsplatz 54, part.

### Arbeitszeit und Lohn

Schon bei den Manteltarifverhandlungen im Februar 1930 verfuhr unsere Gehilfenvertretung, die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 42 Stunden durchzuführen, um die Not der Arbeitslosen zu lindern. Daß die Prinzipale bei ihrer bekannten Einstellung für diese Forderung gar kein Verständnis zeigten, hat niemand gewundert; aber bei den Schlichtern schien der Gedanke der Arbeitszeitver-  
kürzung bei vernünftigen Lohnausgleich doch Raum zu finden. Leider wurde dann, wohl auf einen Wink von oben, die Sache abgeblasen, und es blieb bei den 48 Stunden.

Bei der damaligen Berichterstattung ist immer wieder darauf hingewiesen, daß die Frage der Arbeitszeitver-  
kürzung bei jeder Verhandlung mit der Prinzipalität zwangsläufig wiederkommen müsse, da anders den Ar-  
beitslosen wirksam nicht zu helfen sei. Es war daher eine Selbstverständlichkeit, daß bei den Lohnverhandlungen im Dezember 1930 auf Anregung des Verbandsvorstandes die Gehilfenvertretung erneut den Antrag stellte, 40 Stunden Arbeitszeit pro Woche mit gerechtem Lohnausgleich, wobei die Mindereinkommen die größte Berücksichtigung finden sollten. Die Gehilfenschaft war bewußt gewillt, Opfer für die Arbeitslosen auf sich zu nehmen; sie war aber nicht gewillt, einen Teil ihres Lohnes dem Unternehmertum in den doch meist unergündlichen Nachen zu werfen. Der Antrag auf Arbeitszeitverkürzung ist dann bei allen Ver-  
handlungen mit allen auch nur erdenklichen Mitteln vom Verbandsvorstand und von der Gehilfenvertretung be-  
gründet und verteidigt worden, jeder auch nur halbwegs objektive denkende Kollege mußte zugeben, daß hier das Menschennützlichste geleistet wurde. In allen Farben wurde das fürstbare Schicksal der arbeitslosen Kollegen geschildert, und wenn auf der Gegenseite nur etwas soziales Empfin-  
den vorhanden gewesen wäre, hätte man den Gehilfen-  
anträgen stattgeben müssen. Aber die Prinzipale zeigten die kalte Schulter, und auch die Schlichter machten diesmal nicht einmal den Versuch einer andern Arbeitszeitreglung, die Regierung Bülling-Stegerwald wiegte sich damals wohl noch in dem Wahn, durch Lohnherabsetzung die Wirt-  
schaft wieder auf die Beine bringen zu können.

Bei den Verhandlungen im Februar kam es dann statt zu einer Arbeitszeitverkürzung zu einer Lohnherabsetzung von 6 Proz., und diese ist wohl auf höhere Anweisung des DVB, im allgemeinen durchgeführt worden. Dieser Lohn-  
abbau, der durch nichts gerechtfertigt war, ist von den zu 95 Proz. organisierten Buchdruckern schwer empfunden, wird nie vergessen werden und noch manche unangenehme Folgeerscheinung haben.

Trotzdem wir uns noch mitten im Lohnabbau befinden, scheinen nun die Regierung und andre maßgebende In-  
stanzen eingesehen zu haben, daß man sich um die Herab-  
setzung der Arbeitszeit doch etwas energischer bemühen muß, wenn uns das Elend der Arbeitslosen nicht über den Kopf zusammenschlagen soll. Der Bundesausschuß hat in einer Sitzung am 10. März die Einführung der 40-Stunden-  
Woche gefordert, und die sozialdemokratische Reichstags-  
fraktion hat vor kurzem einen dementsprechenden Antrag im Reichstag eingebracht. Bei der jetzigen Zusammen-  
setzung des Reichstags ist die Annahme schon mög-  
lich, um so mehr, als auch die Regierung wohl keinen andern Ausweg mehr weiß. Was aber uns und jedenfalls noch viele Kollegen vor den Kopf gestoßen hat, ist der Umstand, daß bei den Anträgen beider Körperschaften mit keinem Wort von einem Lohnausgleich und Ein-  
stellungszwang etwas gesagt wird. Vielleicht nehmen beide Körperschaften dies als selbstverständlich an; wir aber sind der Ansicht, daß dies sehr deutlich und energisch gefordert werden muß. Denn ohne Lohnausgleich ist die Herabsetzung der Arbeitszeit für die Kollegenchaft einfach nicht tragbar und für die Arbeitslosen un-  
erträglich. Den Buchdruckern sind vor kurzem die Löhne um 6 Proz. gekürzt; würde nun für die noch zu 95 Proz. vollarbeitenden Buchdrucker die Arbeitszeit auf 40 Stunden festgesetzt, so wäre dies ohne Lohnausgleich noch mal s eine Kürzung um 16 2/3 Proz., also zusammen 22 2/3 Proz., des bis zum 13. Februar erhaltenen Lohnes. Was dies für einen bedeutenden Teil unserer Kollegen bedeutet, muß man sich an einigen Ziffern klar machen. Würde die Herabsetzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich erfolgen, dann erhielte ein Kollege in Lohn-  
klasse C (meist verheiratet und leider vielfach noch mehrere Kinder) in Orten ohne Lokalaufschlag einen Bruttolohn

von 36,80 M. pro Woche, mit 2 1/2 Proz. 37,60 M. und mit 5 Proz. 38,40 M. Wenn davon Kranken-, Invaliden-, Ar-  
beitslosenversicherung und eventuell sogar noch Steuer ab-  
gezogen wird, dazu Verbandsbeitrag mit durchschnittlich 3 M. und sonstige kleine Beiträge — dann bringt keiner der drei Gruppen volle 30 M. mit nach Hause. Miete muß auch in den kleinen Orten 7 bis 9 M. pro Woche (ohne Neuwohnungen) gerechnet werden, dazu noch etwas Licht und Feuerung, und dann soll jemand sagen, wie ein Familienvater die Seinen satt machen und redlich durch die Welt bringen soll. Dazu kommt, daß die Brotpreise überall steigen und andres bald nachfolgen wird.

Fest steht, daß sich dann ein Familienvater mit zwei Kindern wenigstens für die ersten 26 Wochen bei der staat-  
lichen und der Verbandsarbeitslosenunterstützung weit besser stellt, als wenn er arbeitet.

Gewiß wird man sagen, der Ausgesteuerte hat aber noch viel weniger. Das stimmt, aber was hat der Arbeits-  
lose davon, wenn er ein paar Wochen Kunst damit er-  
kauft, daß die allgemeinen Lebensbedingungen im Ge-  
werbe so weit herabgedrückt werden, daß er auch als Ar-  
beitender niemals aus dem Bruch heraus kommt. Der Arbeitslose hofft immer noch auf Arbeit und will dann auch wenigstens halbwegs als Mensch leben. Wenn aber jetzt die 40-Stunden-Woche mit den vorgenannten Löhnen eingeführt wird, so ist dies auf lange Zeit ein Dauer-  
zustand, und wenn die Gewerkschaften bei der dann doch immer noch übrigbleibenden Arbeitslosigkeit in der Lage sind, die Löhne zu erhöhen, ist sehr fraglich. Trotz des Lohnabbaus sind die Kollegen vielleicht auch jetzt noch gewillt, für die Arbeitslosen Opfer zu bringen, aber ganz bestimmt sind sie nicht gewillt, diese Opfer allein zu bringen. Den Arbeitslosen soll und muß geholfen werden, dann müssen aber unsere Unternehmer, die bisher und zum Teil noch jetzt auf der Sonnenseite gelebt haben, auch zu den Opfern herangezogen werden. Dabei müßten unsere Prinzipale bedenken, daß sie bei einem allgemeinen Zusammenbruch immer noch mehr zu verlieren haben als die Buchdruckerstellen.

Ebenso drängen wir der Lohnausgleich ist auch der Einstellungszwang notwendig. Wenn bei der Arbeitszeit-  
verkürzung die Einstellung in das Belieben des Prin-  
zipals gestellt wird, dann werden fast alle kleinen und auch viele Mittel- und Großbetriebe überhaupt keine Ein-  
stellungen vornehmen. Vielleicht wird ein Antreiber mehr eingestellt und dann mit allen Mitteln versucht, die vor-  
handene Arbeit herauszuwürgen.

Wir haben versucht, die Gefahren aufzuzeigen, die der Kollegenchaft drohen. Wir dürfen uns nicht von Dingen überlassen lassen, die, wenn sie erst Gescheh, nicht mehr von uns zu meistern sind. Alle Verbandsinstanzen, von ganz oben bis in die kleinste, haben die unbedingte Pflicht, gegen einen Gefegentwurf anzulaufen, der auf einen großen Teil der Buchdrucker zu Kulis herabdrückt. In allen Tagungen und Verhandlungen des Verbandes muß nun Sturm geblasen werden, die Lösung sei, wir sind für eine Arbeitszeitverkürzung, um die Not der Arbeitslosen zu lindern, aber nur bei einem vernünftigen Lohnausgleich und Einstellungszwang. Nutzen wir die Zeit, bevor es zu spät ist.

Stettin.

Gr.

### Betriebsfaktismus

Am 14. September 1930 hatten die Nationalsozialisten einen unbestreitbaren politischen Erfolg zu verzeichnen. Allerdings muß hervorgehoben werden, daß sie nicht in die „marginalistische“ Front eingetrogen sind, wie von ihnen immer behauptet wird, vielmehr basiert ihr Erfolg nur auf dem Davonlaufen der Wähler und Anhänger der bürgerlichen Parteien, die sich von den letzteren betrogen zu fühlen glauben. Betrachtet man nun die Wahlergebnisse der in Deutschland nach dem 14. September 1930 stattgefundenen Wahlen, so muß auch heute noch festgestellt werden, daß sich das Bild keineswegs verändert hat, das heißt, daß von einem Einbruch der Nazi-Deologie in die breiten Massen des arbeitenden Volkes erstensicherweise nicht gesprochen werden kann. Es zeigt sich also, daß in den Kreisen der fortschrittlichen Arbeiterchaft ein gesunder Geist zu Hause ist. Zu einem gewissen Teil kann man also von einem Mißerfolg der Nazi sprechen, und zwar insofern, daß es ihnen bisher nicht gelungen ist, trotzdem sie sich „Arbeiterpartei“ nennen, einen beträchtlichen Teil

von Arbeitern ihrer Bewegung zuzuführen. Die freie Gewerkschaftsbewegung hat zu diesem Mißerfolg der Nationalsozialisten einen ganz erheblichen Teil mit ihrer Aufklärungsarbeit beigetragen.

Die Nazi mußten sich an Hand der Geschichte und auf Grund von Tatsachen davon überzeugen lassen, daß die freie Gewerkschaftsbewegung ein festes Bollwerk für den Kampf aller fortschrittlich und selbstlos gesinnten Arbeitnehmer darstellt. Herr Hitler war ja gerade nach Erkenntnis dieser Tatsachen gezwungen, zu erklären, daß in absehbarer Zeit nicht daran gedacht wird, eigene gewerkschaftliche Organisationen ins Leben zu rufen, sondern er gab die strikte Anweisung, daß seine Parteimitglieder die Verpflichtung hätten, den bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen beizutreten bzw. in ihnen zu verbleiben. Der Grund zu dieser Anordnung liegt klar auf der Hand. Der Nationalsozialist hat die unbedingte Verpflichtung, im Sinne seiner Partei in den Gewerkschaften zu arbeiten, sie also mit den Nazisideen zu durchsetzen und im Sinne des Herrn Hitler Kurnkreis zu machen. Man hat hier Ähnlichkeit bei den kommunistischen Gewerkschaftsvertretern machen müssen, was allerdings von geistiger Armut zeugt. Der Erfolg war bisher gleich Null und wird es aller Voraussicht nach auch bleiben. Aus diesem Grunde ist man jetzt dazu übergegangen, die Aktivität stark zu steigern. Die Hitlerbewegung ist sich durchaus darüber klar, daß sie als Partei nur dann in Zukunft allen Auseinandersetzungen wirksam begegnen kann, wenn sie sich nicht nur aus Unternehmern, verzweifelten Mittelständlern, arbeits-, jedoch nicht pensionlosen Militärs und einigen Arbeitern zusammensetzt, sondern tatsächlich die besten Elemente der freien Arbeitnehmerbewegung und deren Anhänger zu einem großen Teil an sich fetten kann.

Die neueste Maßnahme zur Erreichung dieses Zieles ist jetzt die Anordnung der nationalsozialistischen Parteileitung „zur Eroberung der Betriebe“.

Man hat verfügt, daß ab 1. Januar 1931 in jedem Betrieb, in dem Nazis beschäftigt sind, nationalsozialistische Betriebszellen zu bilden sind. Es muß berichtet werden, daß man auch mit aller Energie daran geht, dieser Anordnung Folge zu leisten. Hatte man bisher wenig oder gar keinen Erfolg, an die breite Masse der Arbeitnehmererschaft herananzukommen, so bietet sich auf diesem Wege die beste Gelegenheit dazu. Dank der Aufgeklärtheit der Organisierten mag vor der Hand eine unmittelbare Gefahr nicht bestehen. Trotzdem muß von unserer Seite die größte Aufmerksamkeit auf dieses Treiben gelegt werden.

Das Retruerungsfeld für die völlig hemmungslose und verlogene Agitation der Nazis wird bestimmt in den Kreisen der politisch und gewerkschaftlich Indifferenten zu suchen sein. Hier besteht also die Möglichkeit, daß immerhin größere Teile einer Belegschaft vorübergehend der nationalsozialistischen Bewegung zugeführt werden. Aber wenn es auch tatsächlich nur vorübergehend ist, so ist auch schon darin eine Gefahr zu erblicken.

Nach dem am 1. Januar 1931 erlassenen Richtlinien für Nazi-Betriebsorganisationen sollen die zu bildenden Zellen die spezifische Waffe zur Eroberung der Arbeiter für die NSDAP sein. Da die Arbeiterschaft am leichtesten und in konzentrierter Form in den Betrieben der Industrie und des Handels erreicht werden kann, verluft man eben aus den dargelegten Gründen, den Kampf in die Betriebe zu tragen. Ausgenommen in diese Betriebszellen werden nur Parteimitglieder und Sympathisierende, die versprechen müssen, sich entschieden für die Verwirklichung der aufgestellten Ziele einzusetzen, wenn sie nicht in Verzug geraten wollen und in vielen Fällen vielleicht sogar ihre Arbeitsstelle riskieren.

Welches sind nun die Aufgaben, die diese Zellen zu erfüllen haben? Da wird 1. verlangt, unablässig und systematische Propaganda durch Wort und Schrift für das Nazium, 2. Herausgabe einer Betriebszellenzeitung, 3. Beteiligung an Betriebsratwahlen. Dieser Punkt 3 ist als ganz kraft agitatorisch zu bezeichnen, da es doch Herr Feder, M. D., von den Nazis war, der im Kundfunkgespräch gegenüber Professor Mötling erklärte, daß die Schwächen der Betriebsräte nur die Produktion und den Ertrag hindern. Man versteht sich also überall anzupassen! Bei Punkt 4 dieser famosen Richtlinien versteht man sich sogar dazu, für Lohnstreiks einzutreten. Aber o weh, auch in diesem Falle ist ihnen vor nicht allzu langer Zeit ein Unglück infosoren passiert, daß die Entschuldigungsrede, die Herr Wagner aus dem „Braunen Haus“ in München auf einer Dresdner Industriellenkonferenz, auf der das zwangsmäßige Verhalten der Nazis im Berliner Metallarbeiterstreik (Beteiligung) gerügt wurde, erstattete, doch der Öffentlichkeit zu Ohren kam. Also auch dieser Punkt dürfte kaum zugehen. In Punkt 5 spricht man von der Brechung des marxistischen Einflusses und Terrors (?). 6. Sammlung aller Sympathisierenden. 7. Abhaltung von Betriebsveranstaltungen und Demonstrationen. Ein streng vertrauliches Kundschreiben der NSDAP, Abteilung 3, Betriebszellen, hat ferner die Parole ausgegeben: „Jeder freie Arbeitsplatz einem Nationalsozialisten“. Dieser Grundsatze hat zur Folge, daß sich die Organisationen des Stahlhelms und der Nazis darin üben, neuerdings eine Art Arbeitsvermittlung auszuführen. Bei der Mentalität vieler Unternehmer können sie bei diesem Programmpunkt sich tatsächlich vieler Erfolge rühmen. Ein bürgerlich-demokratisches Blatt schrieb vor einiger Zeit ganz zurecht, daß mit solchen Methoden die Unternehmer einen stummen aber grimmigen Kampf gegen die Gewerkschaften führen. Die weitere Folgerung hat durchaus ihre Richtigkeit, wenn gesagt wird, daß dieser Kampf auch ein politischer Kampf ist. Die NSDAP, ist nämlich dabei, sich nicht nur in Privatbetrieben, sondern

auch in lebenswichtigen Betrieben mit ihren Betriebszellen einzunisten. Der Grund dieser Maßnahmen liegt klar zutage. Die Nazis wissen, daß der Generalkrieg ein der wirksamsten Mittel ist, einem faschistischen Staatsstreik zu begegnen. Man arbeitet also daran, der Arbeiterschaft und der demokratischen Republik dieses Mittel aus der Hand zu schlagen. Ist es da ein Wunder, wenn viele Unternehmungen die Nazisbetriebszellen bewußt unterstützen?

Die Führung der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation — NSBD. — ist nicht demokratisch, sondern aristokratisch. Der Führer wird nicht gewählt, sondern bestimmt. Mit aller Deutlichkeit wird dann in den Richtlinien hervorgehoben, worauf es den Nazis in Wirklichkeit ankommt: Kampf dem Marxismus! Wörtlich heißt es: „Der Nationalsozialismus in den Betrieben bedeutet praktisch die Verhütung des Lebensneros des Marxismus. Unsere Arbeit in den Betrieben ist gleichbedeutend mit einem Kampf um die Bollwerke eines mächtigen und zähen Feindes. Die Eroberung der Betriebe wird die größte historische Tat der NSDAP. im Kampfe gegen den Marxismus sein.“

Für die Nationalsozialisten bedeuten die Gewerkschaften in den Betrieben den Marxismus. Auf eine Formel gebracht lautet die Parole der Nationalsozialisten also nur: Kampf den Gewerkschaften! Die Gewerkschaften als solche müssen vernichtet werden. Organisation und Mitglieder benötigt man jedoch zur Erreichung des faschistischen Zieles. Nur um Dumme unter den Arbeitnehmern zu finden, macht man in der Öffentlichkeit eine Verbeugung vor den Gewerkschaften und erklärt, daß man nur die Führer beseitigen wolle. Würden die Arbeitnehmer tatsächlich auf diesen Leim trischen und würde es den Nazis gelingen, die Gewerkschaften zu erobern, dann würde auch Deutschland nur noch Arbeitnehmerorganisationen besitzen, die den italienischen sehr ähnlich sehen würden. Völlig einflusslose, bespitzelte und von Staat und Unternehmer gegängelte Geilde. Nicht durch Streben nach wirtschaftlichen Zielen, auch nicht durch gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb versuchen die Betriebszellen die Arbeiter zu gewinnen, sondern, wie ihre Richtlinien verkünden, hauptsächlich durch Bekämpfung der jetzigen politischen Herrschaft des demokratischen Systems von 1918 und der wirtschaftlichen Herrschaft des Youngplans. Wenn auch im gewerkschaftlichen Lager das Zutrauen vorhanden ist, daß die Arbeiter- und Angestelltenchaft die Hohlheit dieses Programms und die Platzheit seiner Methoden durchschauen werden, so muß doch auf diese Maulwurfsarbeit aufmerksam gemacht werden. In einzelnen Betrieben haben sie hier und da Zellen gegründet, ja auch sogar Erfolge, wenn auch sehr gering, bei den Betriebsratwahlen erzielen können. Allerdings auf Kosten der Christen und der KPD!

Also aufpassen!  
Bekämpft den Betriebsfaschismus!  
Berlin.

gruppe verzeichnete im Vorjahr trotz der wegen der Tarifbewegung und der großen Arbeitslosigkeit durchgeführten Grenzsperrre eine Zureife von 440 Kollegen (gegenüber von 572 im Jahre vorher) in die Wiener Herzberge, die dort 1960 Nähte auftrachten, und an denen 1408 Mittags- und 1397 Frühstücksmarken verteilt wurden. Von den 440 Kollegen waren der Nationalität nach 59 Österreicher, 221 Reichsdeutsche, 101 Ungarn, 26 Tschechoslowaken, 15 Jugoslawen, 5 Rumänen, 4 Schweizer, 3 Dänen, 4 Polen, ein Danziger und ein Italiener. Wie in der Notstandsfürsorge, mußten wegen der zur Verfügung stehenden beschränkten Mittel bedauerlicherweise auch hier Einschränkungen vorgenommen werden. — Als befriedigend kann der Bericht der Lehrlingsgruppe des Gaus bezeichnet werden, deren Veranstaltungen im Jahre 1927 noch von 2907 Interessenten, im Jahre 1929 von 5820 und im Berichtsjahre schon von 7246 Jungkollegen besucht wurden, so daß durchschnittlich jeder Wiener Jungkollege bei 12 Veranstaltungen der Lehrlingsabteilung zugegen war. Die Zahl der organisierten Lehrlinge ging etwas zurück, die Lehrlingsführer nahmen zu, gegen die Schaffung einer Lehrlingsordnung verhalten sich die Unternehmer noch immer ablehnend. Ein besonderes Augenmerk wurde wieder der Heranbildung von Funktionären sowie der Abhaltung von gewerkschaftlichen Vorträgen zugewendet. Das Berichtsjahr wird als das beste und erfolgreichste seit dem achtjährigen Bestande der Lehrlingsabteilung bezeichnet. — Die kommunistische oppositionelle Gruppe der Organisation, im sogenannten „Graphischen Block“ vereinigt, hält just die Zeit der bevorstehenden Tarifrevision und der Massenarbeitslosigkeit für geeignet, um mit ihrer demagogisch-politischen Agitation nach der nun ja schon in aller Welt bekannten Moskauer Parole zur Unterminierung und Zerlegung der Gewerkschaft und damit der Schwächung ihrer Kampfkraft in erhöhtem Maße einzusetzen. Ihre bedauerlichen Opfer suchen sie sich unter den arbeitslosen, jüngeren, gemeist ja noch unerfahrenen und in ihrer Anschauung noch nicht gefestigten Kollegen, wobei ihnen bei ihrer Agitation die werwerklichsten Mittel gerade noch gut genug sind. So z. B. bezeichneten sie die teilweise Reform des Unterfüßungswehens, die mit von keiner andern Organisation noch überbotenen großen Opfern der ganzen Kollegenchaft für ihre Arbeitslosen und Invaliden einherging, in einem konstruierten vergleichsweisen Zusammenhang mit der gewiß einschneidenden Herabsetzung der staatlichen Unterfüßungsleistungen für die Arbeitslosen als „schädig“ und inkonsequent eine wüste Hege gegen die Organisation und ihre Funktionäre. Die Drahtzieher solchen verantwortungslosen Treibens, dem es mitunter an geschickter Regie bei Anbringung ihrer demagogischen Mäßen nicht mangelt, könnten ihren Sold, ihre Silberlinge, mit mehr Berechtigung als von ihren Moskauer Auftraggebern von den Unternehmern fordern; des stillen und vernünftigen Dankes der letzteren, denen sie so wertvolle Schützenhilfe leisten, können sie jedoch versichert sein. Einen drastischen Anschauungsunterricht, wie Kommunisten als Unternehmer mit ihren Arbeitern umspringen, ließe vor kurzem die Herausgeberchaft der kommunistischen Wiener „Koten Fahne“. Ohne Wissen des Personals — zu einem wesentlichen Teil eigne Parteigenossen — verhandelte die Parteileitung wegen Übernahme des Druckes der Zeitung mit einem Druckereunternehmen, an welchen Verhandlungen auch ein Vertreter der Berliner Parteileitung der Kommunisten teilnahm. Von dem neuen Drucker wurde eine Verneuerung der Wochentagsausgabe der „Koten Fahne“ um täglich zwei Seiten, an Sonntagen um vier Seiten gegen bisher verlangte, ohne jedoch diese Mehrproduktion zu honorieren. Schließlich einigten sich die patentierten kommunistischen „Arbeitervertreter“ mit dem Drucker ausschließllich auf Kosten ihrer Arbeiter: deren Lohn wurde um etwa 10 Proz. reduziert, eine weitere Schädigung erlitten die Arbeiter in der Urlaubsfrage und bei der Weihnachtseremeration. Den Kommunisten also blieb es vorbehalten, im graphischen Gewerbe Österreichs beim Lohnabbau den Unternehmern Vorspanndienste zu leisten. So sieht die kommunistische Interessenvertretung der Arbeiter in der Praxis aus.

Norwegen. Die diesjährige Tarifbewegung im Buchdruckgewerbe hat dadurch einen besonderen Charakter bekommen, daß das Tarifabkommen zum gleichen Zeitpunkt abläuft wie das der großen Berufsgruppen, z. B. der Metallarbeiter, Textilarbeiter, Bauarbeiter, Bergwerke (Norwegen hat ziemlich großen Erbergbau), Holzverarbeitung usw. Da alle diese Berufs auf Arbeitgeberseite dem norwegischen Arbeitgeberverband angegeschlossen sind und eine freiwillige Einigung in der Tariffrage nicht erwartet wird, hat genannte Organisation für 45 000 in den ihr angeschlossenen Betrieben beschäftigte Arbeiter die Kündigung zum 1. April eingereicht. Da jedoch infolge gesetzlicher Verbots die Arbeit nicht eingestellt werden darf, ehe nicht ein öffentliches Schlichtungsverfahren stattgefunden hat, ist vor Mitte April kein offener Konflikt zu erwarten. Die 45 000 Arbeiter sind etwa die Hälfte der organisierten norwegischen Arbeiter, und der Prozentsatz der Organisierten ist gut, so daß großes Interesse für den Ausgang der Verhandlungen besteht. Es ist trotz der großen Gegensätze in beiden Lagern möglich, daß ein Ausweg ohne Kampf gefunden wird. Der Index für Lebensnotwendigkeiten ist um etwa zehn Punkte gefallen seit der letzten Lohnregulierung. In einer vorläufigen Verhandlung legten die Arbeitgeber ihre Forderungen vor: 15 Proz. Lohnkürzung, drei Stunden Arbeitszeitverlängerung wöchentlich für Maschinenseher und Stereotypisten, Herabsetzung der Überstundenzuschläge von 50 und 100 Proz. wie bisher auf 25 und 50 Proz.

### Das Buchgewerbe im Ausland

Österreich. Der Gau Wien-Niederösterreich, der den weitaus größten Teil aller Mitglieder des Reichsvereines der Buchdrucker- und Zeitungsarbeiter umfaßt, berichtet über seine Tätigkeit im abgelaufenen Jahr, das ein Krisenjahr war, wie es in der Geschichte der Buchdruckerbewegung noch nie vorgekommen war. Die fortgesetzte steigende Arbeitslosigkeit erreichte zum Jahresabschluss eine geradezu beängstigende Höhe und gab wegen ihrer Schärfe und Dauer in finanzieller Beziehung zu den größten Besorgnissen Anlaß, die jedoch durch die schon berichtete wesentliche Beitragserhöhung und die teilweise Reform des Unterfüßungswehens wenigstens für die nächste Zeit gemildert werden konnte. Eine logische Folge dieses trostlosen Zeitbildes der Weltwirtschaftskrise mit ihren vielen unwilligen Zeugnissen war eine vermehrte Inanspruchnahme der verschiedenen Fürsorgeeinrichtungen der Organisation. Hier ist es vor allem die Jugend- und Frauen- sowie Notstandsgruppe, die mit ihrer so segensreichen Tätigkeit die gewerkschaftlichen Aufgaben der Organisation unterstützt. Das im „Korr.“ schon wiederholt erwähnte Karl-Föger-Heim in Inzeranzung bei Wien, ein wahrhaft ideales, vorbildlich geleitetes Kindererholungsferienheim, erfährt eine weitere Ausgestaltung und wurde von berufenscher Seite wiederholt als eine Musteranstalt in jeder Hinsicht auf diesem Gebiet bezeichnet. 322 Buchdruckerkinder oder -waisen, der höchste Stand seit Bestehen des Heims, fanden wieder bei tadelloser Verpflegung härtenden Ferienaufenthalts. Auch die erzieherischen Erfolge der bewährten pädagogischen Heimleitung sind schon zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Durch die äußerst ungünstigen Witterungsverhältnisse der vergangenen Ferienzeit konnte der Heimbetrieb nicht zur richtigen Entfaltung gelangen, den gewohnten Gewichtsmaßnahmen der Schügligen konnte jedoch dieser Umstand keinen Abbruch tun. Der Elternbeitrag für ein Kind beträgt nicht einmal ein Drittel der Selbstkosten und ermöglicht sich noch weiter für jedes weitere Kind aus einer Familie. Für Kinder arbeitsloser Kollegen sind gar nur 30 Groschen (18 Pf.) pro Tag zu bezahlen. Der Heimbetrieb erforderte 3804 Schilling, an Elternbeiträgen liefen 11 501 Schilling ein, vom Jugendhilfswerk der Gemeinde Wien und von Krankentafeln wurden 8078 Schilling beigetragen. Die Gesamtausgaben der Frauen- und Jugend- sowie Notstandsgruppe betragen im Vorjahr etwa 64 000 Schilling, denen nur 47 853 Schilling an Mitgliedsbeiträgen (aus den Gaubeiträgen abgeführt) gegenüberstanden. — Der Arbeitsausfluß der Herbergs-

**Belgien.** Differenzen zwischen dem Zentralvorstand des belgischen Bucharbeiterverbandes und dem Vorstand der Sektion Brüssel scheinen augenblicklich scharfer als je in Erscheinung treten zu wollen. Und dies ausgerechnet in einem Moment, wo strenge Geschlossenheit und einmütiges Handeln einzig und allein dazu angetan sind, die Gehilfenschaft zum Erfolg zu führen. Zentralpräsident Kollege Louis Stordeur war im Laufe des Jahres 1930 in seiner Eigenschaft als Mitglied der Sektion Brüssel durch fast einstimmigen Beschluß einer Generalversammlung mit einem Tadel von einem Jahr belegt worden, weil er angeblich gegen die Lokalinteressen der Sektion Brüssel verstoßen haben soll. Ein weitergehender Antrag hatte sogar seinen Ausschluß verlangt, was jedoch abgelehnt wurde. Dieser Tadelbeschuß unterlag dem Mitglied Stordeur, irgendein Ehrenamt während der Dauer des Tadels namens der Sektion Brüssel anzunehmen. Die Folge davon war, daß Kollege Stordeur in seiner Eigenschaft als Verwaltungsratsmitglied der Brüsseler Typographenschule, die unter den Aufsicht der Gemeindeverwaltung steht, demissionieren mußte. Diesem Ansuchen ist Kollege Stordeur folgerichtig nachgegeben, er hat aber nachher das gleiche Ehrenamt als Vertreter der Stadt Brüssel auf Einladung der Stadtverwaltung übernommen, ohne dafür die Einwilligung des Lokalvorstandes der Sektion Brüssel zu beantragen. Die Brüsseler Sektionsversammlung besaßte sich mit diesem Akt des Zentralpräsidenten und warf ihm vor, die Interessen der Gehilfen verletzen zu haben, weil er auf Drängen der Prinzipalvertreter an der Typographenschule sich zu einem Amt preisen ließ, das ihm von seinen früheren Auftraggebern weggenommen wurde. Kollege Stordeur habe sich hierzu mißbrauchen lassen, weil dieses Amt ihm u. a. die Aussicht auf einen Orden eröffne. Die Brüsseler Kollegen seien sehr hierin schweren Verstoß gegen die gewerkschaftliche Disziplin und sie werde ihre eignen Vertreter in Verwaltungsrat der Brüsseler Typographenschule zurückziehen müssen, damit Kollege Stordeur mit den Prinzipalvertretern allein sei in einer Einrichtung, wo das Patronat schon sowieso einen Einfluß ausübe, der den Interessen der Gehilfenschaft nicht immer förderlich gewesen sei. Kollege Stordeur wird in einer Tagesordnung erneut aufgefordert, sein Amt an der Typographenschule niederzulegen. Diefelbe Versammlung hatte sich auch mit den Zusammenstößen des Zentralvorstandes und den Delegierten der Sektion Brüssel gelegentlich des letzten Landeskongresses zu befassen. Obgleich es inzwischen zu einer angeblichen Verständigung zwischen beiden Parteien gekommen war, wurde der Zwischenfall wieder aufgegriffen, da nach Meinung der Brüsseler Sektionsleitung der Zentralvorstand sich nicht an die getroffenen Abmachungen gehalten habe. Ein Tadelvotum für den Zentralvorstand, insbesondere für den Generalsekretär, Kollegen Theunissen, wurde demgemäß mit großer Stimmenmehrheit aufrechterhalten. Man fragt sich, wo alle diese Gegensätzlichkeiten zwischen dem Zentralvorstand und der extrem linksgerichteten Leitung der Sektion Brüssel wohl nützen können? Der Gehilfenschaft voraussichtlich nicht. Man spare sich diese Wäße auf für die Friedenszeit; in der jetzigen Kampfsperiode ist man nur stark, wenn man sich zusammenfindet im Geiste echter Kollegialität und engen Zusammenarbeitens. In Bezug auf die gefährdeten Vorgänge im belgischen Verband veröffentlicht die letzte Nummer der „Fédération Typographique Belge“ folgende Mitteilung des Zentralvorstandes: „Wir bringen den Sektionsvorständen zur Kenntnis, daß binnen kurzem ein Spezial-Landeskongreß stattfinden wird, um die seit langem zwischen dem Zentralvorstand und dem Sektionsvorstand Brüssel bestehenden Differenzen zu behandeln. Die bewegten Gegensätzlichkeiten sind dazu angetan, die Gesamtkonzeption auf's schärfste zu schädigen und müssen ein für allemal aus der Welt geschafft werden. Die diesbezüglichen Unterlagen gehen den Sektionsvorständen zu gegebener Zeit zu.“ Eine weitere Notiz des Zentralvor-

# Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Karl Müller in Halle a. d. S.  
Eingetreten: 29. März 1881  
Buchdruckerei des Waisenhauses



Alb. Siggetkom in Bielefeld  
Eingetreten: 22. März 1881  
Bretz Invalide



standes besagt: „Am 29. März findet im „Chien d'Or“ gebnis der paritätischen Lohnverhandlungen, Beschlußfassung über die zu treffenden Maßnahmen.“

**Frankreich.** Der Streik in der Firma Sixten in Toulouse dauert noch immer an. Trotz aller Bemühungen, Streitzwecher anzuwerben, ist dies bis jetzt nicht gelungen; im ganzen konnten zwei der allseitig Hilfsbereiten gefunden werden, die nunmehr ihre Arbeitskraft gegen einen Stundenlohn von 9 resp. 11 Fr. zur Verfügung stellen bei freier Station, da sie ihre Arbeitsstätte nicht zu verlassen wagen. Den alten Gehilfen, die es viel billiger taten, legt man den Stuhl vor die Tür. Trotz der „schlechten“ Wirtschaftslage opfert man in diesem Falle Hunderttausende Franken, weil man der verhassten Organisation den Todesstoß versetzen zu können glaubt.

**Französisch-Nordafrika.** Um die Berufsangehörigen in weitem Maße für die Organisation zu gewinnen, hatte der französische Bucharbeiterverband im Laufe des vergangenen Jahres in den größeren Städten Nordafrikas Propagandaveranstaltungen organisiert, zu denen das Pariser Zentralvorstandsmitglied, Kollege Langerotte, als Referent delegiert war. Ein erster Bericht über diese schwierige Mission des Delegierten ist eben im französischen Verbandsorgan erschienen. Es besaßte sich mit den buchgewerblichen Verhältnissen in Oran, einer bedeutenden Handelsstadt an der Mittelmeerküste, mit einer Einwohnerzahl von über 150 000. Wie stellt sich die Lage der dortigen Kollegen, in einem Mittel, das von demjenigen Europas so grundverschieden ist, wo zwei Zivilisationen aufeinanderprallen, ohne sich gegenseitig zu durchdringen, wo die Menschen in ihrem Temperament und ihrer Lebensauffassung so ganz anders gearbet sind als im europäischen Mutterlande? Im allgemeinen sind die Verhältnisse für die Arbeiterschaft im Buchgewerbe von Oran wenig glänzend. Dieser Beruf ist augenscheinlich nicht so unentbehrlich und unworben wie beispielsweise das Baugewerbe; in letzterem herrscht, wie dies in den meisten aufstrebenden französischen Städten der Fall ist, eine Blüteperiode, und man reißt sich um Maurer gegen einen Tageslohn von 60 bis 80 Fr. Während auch andre

Berufe, z. B. die Dockers, deren Angehörige vorwiegend Eingeborene sind, eine straffe Organisation besitzen, die imstande ist, bei der Festsetzung der Arbeits- und Lohnverhältnisse ein ausschlaggebendes Wort mitzureden, lassen die Arbeiter des Buchgewerbes sich von einem rüchfrändigen Patronat einseitig ihre Arbeitsbedingungen vorschreiben. Es besteht ein Freundschaftsbund der Linotypsetzer, der sich aber hauptsächlich infolge seiner Vermengung mit Berufsfremden Elementen, um die gewerkschaftliche Aktion wenig kümmert. Einzelne bedeutendere Firmen haben dieser Kategorie von Angestellten gewisse Vergünstigungen und Bevorzugungen anderer Art eingeräumt, die bewirken, daß sie sich um das Los ihrer Kollegen wenig kümmern und jeder Organisation gleichgültig gegenüberstehen. So rüfket man im allgemeinen müßig und mit Hilfe ungezählter Überstunden sein Leben, ohne sich klar zu werden, wie leicht es wäre, mit Hilfe einer Berufsorganisation die ganze Schacke binnen kurzem zum Besten zu wenden. An dem Individualismus mag auch zum Teil die Schuld liegen, daß man sich leicht mißliebige macht, was für nicht Eingeborene so viel bedeutet, daß man ausgewiesen wird oder nirgendes mehr Arbeit bekommt, wie dies noch in neuerer Zeit dem Verbandsmitglied Altia passiert ist, der im Jahre 1930 Delegierter beim Kongreß in Toulouse war. Es gibt in Oran drei Firmen, die ein größeres Angestelltenpersonal beschäftigen. Daneben zählt man etwa fünfzig Kunsttempel, die von früheren Arbeitern betrieben werden. In diesen Buden herrscht die trüffeste Beschäftigungslosigkeit und Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft. Diese Kategorie von „Druckereibesetzern“ ist an dem Daniederliegen des Berufs in weitgehendem Maße schuld, indem sie andauernd Arbeitskräfte auf den Markt wirft, die in keiner Hinsicht den Anforderungen des Berufs gewachsen sind. Letztere bieten sich den oben erwähnten Firmen als Hilfsarbeiter an oder sind gezwungen, nach allerhand Enttäuschungen dem Beruf den Rücken zu kehren, ohne dann aufzuhören, für die qualifizierten Arbeiter eine ständige Gefahr zu bilden, weil sie stets bereit sind, an deren Stellen einzurücken, wenn diese sich durch Lohn- oder andre Forderungen mißliebige gemacht haben. Die Betriebe unterstehen zwar auch dem französischen Gesetz über die Gewerbeinspektion, aber das nordafrikanische Gebiet ist groß und die Zahl der Beamten gering, obgleich Oran für sich allein mehrere Gewerbeinspektoren nötig hätte. Die amtlichen Stellen beschränken ihre Inspektion daher auf solche Fälle, wo sie zum Eingreifen aufgefordert werden und verzichten größtenteils darauf, von sich aus vorzugehen. Man sieht, daß die Organisation hier ein feines Terrain zu bearbeiten hat. Im Jahre 1893 hatte sich in Oran eine Sektion des französischen Bucharbeiterverbandes gebildet, die zeitweilig 80 Mitglieder aufwies. Man wird jetzt trotz der unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten versuchen, neues gewerkschaftliches Leben in die Reihen der Bucharbeiterenschaft zu bringen. Die Kollegen von Oran müssen zur Einsicht kommen, daß eine gut geleitete Organisation, mit regelmäßigen Versammlungen, durch Pflege der Solidarität unter der Aufsicht und dem Schutz des Zentralvorstandes, wohl imstande sein wird, auch in dieser Stadt Verhältnisse zu schaffen, wie sie in anderen Städten Nordafrikas unter denselben Voraussetzungen geschaffen wurden. Als Beispiel sei hier Algier angeführt. Am 12. Januar 1931 wurde in Algier ein neuer Tarif unterzeichnet, der den Minimallohn auf 6,50 Goldfranken oder 45 Papierfranken festsetzte. Außerdem ist die Feiertagsbezahlung tariflich festgelegt. Im Jahre 1926 betrug der Minimallohn 22,80 Franken, er hat sich demnach, dank einer rastlosen gewerkschaftlichen Aktion, in der Zeit von kaum vier Jahren verdoppelt.

**Großbritannien.** Der allgemeine Angriff der britischen Unternehmer gegen Löhne und Gehälter ist jetzt in vollem Schwung. Eisenbahner, Angestellte und Staatsbeamte, Lehrer und Textilarbeiter haben schon einen

## Die Jagd nach dem Doktorhut

Er hat den Doktor gemacht! So hört man oft stolze Eltern, gute Fremde und getreue Nachbarn reden. Und Vater, Mutter, Braut und der neugeborene Doktor selbst sehen seine Zukunft als Gelehrten oder hohen Staatsbeamten in den rosigen Tagen. Bis dann für viele, allzu viele dieser Akademiker samt ihren Erzeugern und Erziehern die herbsten Enttäuschungen eintreten. Der sühne Dokortitel nicht rein gar nichts, wenn einer weder was zu knabern noch was zu beißen hat. Tausende von Studenten, die ohne irgendwelche Aussicht im Staatsdienst in andre Berufe einzudringen bestrbt sind, zu denen eine akademische Gehaltsamt wahrhaftig nicht nötig ist, werden zum Bestand eines sich immer stärker herausbildenden geistigen Proletariats. Statt die Volksschulen zu Bildungsstätten auszubauen, die allgemein brauchbare, leistungsfähige und lebensfähige Menschen schulen, fördert der deutsche Berechtigungsamtler unter der Ara Beden Blüten, die keine guten Früchte brachten. Sehen wir uns nur eine Statistik über die sogenannten Doktorarbeiten an den deutschen Universitäten an, die in den „Bibliographischen Monatsberichten“ der Buchhandlung Gustav Fock in Leipzig aufgestellt worden ist, so finden unter Befürchtungen die vollste Befruchtung. In der Zeit vom 1. Oktober 1929 bis zum 30. September 1930 erfolgte die Registrierung von 4997 gedruckten Doktorarbeiten. Gegenüber dem Vorjahr sind das um 1750 mehr! Auf die wichtigsten Wissenschaften verteilen sich die Arbeiten wie folgt: Alte Philologie 63 (+ 33), Neue Philologie 253 (+ 76), Orientalische Sprachen 32 (+ 19), Theologie 32

(+ 19), Philosophie und Psychologie 139 (+ 24), Pädagogik 104 (+ 41), Geschichte und Hilfswissenschaften 217 (+ 77), Geographie 56 (+ 10), Rechtswissenschaft, Staatswissenschaften und Volkswirtschaft 2102 (+ 448), Medizinische Wissenschaften 1567 (+ 131), Veterinärwissenschaft 191 (+ 191), Mathematische Wissenschaften 238 (+ 57), Beschreibende Naturwissenschaften 258 (- 11), Chemie 819 (+ 264), Technische Wissenschaften 405 (+ 156), Land- und Forstwirtschaft 401 (+ 244), Bildende Künste 84 (+ 8), Musik und Theater 34 (- 21). Die einzigen zwei Disziplinen, die einen Rückgang aufweisen, sind Geologie, deren Studium zu den kostspieligsten und im jetzigen Zeitalter zu den uneinbringlichsten zählen. Gewiß, auch das chemische Studium ist recht teuer, doch verpricht es anscheinend immer noch recht gute Perspektiven. Die Rechts-, Staats- und Volkswirtschaftsrechtler beherrschen das Feld. Die Rechtsanwäite klagen zwar über schlechte Geschäfte, Richter zu werden ist nahezu aussichtslos, und der Bedarf an Subjuz dürfte auch überreichlich gedeckt sein; dennoch stürzt sich jetzt ein großer Teil der Studierenden auf diese unfruchtbar werdenden Berufe.

Wir sind die letzten, die den Herren Doktoren aller Arten akademische Würden mißgönnten. Die praktische Bedeutung eines Dokortitels hat mittlerweile aber doch sehr stark Einbußen erlitten. Immer mehr dringt die Erkenntnis selbst in den zunächststehenden Kreisen durch, daß die Erlangung der Doktorwürde ausschließlich eine Geldfrage ist. Die Universitäten machen damit ein ganz gutes Geschäft, aber die armen Studier müssen zur Erlangung ihres Zieltes große materielle Opfer bringen, die sich absolut nicht lohnen. Könnte mit diesem Anflug, mit diesem Überfließel

aus dem Mittelalter, nicht gründlich aufgeräumt werden? Vielleicht schreibt einmal ein Doktorant eine Dissertation darüber, was aus den Tausenden von überzähligen Doktoren werden sollte? Die Radikalisierung der politischen Verhältnisse ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß enttäufte oder entgeistete Akademiker in das Lager der politischen Landstroläher und Abenteurer abirten. Die Zahl der Akademiker, die dem Arbeiterstand entstammen, ist noch außerordentlich gering. Die meisten Studenten wurzeln im Bürgertum, das im Arbeiter im allgemeinen immer noch keinen vollwertigen Volksgenossen sieht. Dennoch darf die Arbeiterschaft nicht in den gleichen Fehler verfallen, in jedem Akademiker etwa einen Klassenfeind zu erblicken. Es bedarf vielmehr aufrichtiger Bemühungen, nicht nur die notleidenden Akademiker für die Gedankenwelt des Klassenbewußten Proletariats zu interessieren, sondern überhaupt den Geistigen soziales Gefühl beizubringen. Wenn es dem Menschen schlecht geht, ist er am geneigtesten, auch andre Leute Not zu erkennen, zu verstehen und sie im gemeinsamen Kampf mit ihnen überwinden zu helfen. Es ist ein großer Irrtum, zu behaupten, die Arbeiterschaft habe nichts übrig für die Studierenden. Unser Ziel muß es sein, gemeinsam mit allen Gleichführenden den Kampf um die Bekreitung des Proletariats aus den Fesseln des kapitalistischen Ausbeutungssystems zu führen. Die Hochschulen in ihrer heutigen Aufmachung sind stark Volkwerke der bürgerlichen Gesellschaft. Wir müssen große Anstrengungen machen, um diese hochwertigen Bildungsinstitute für die Welt der arbeitenden Klassen zu öffnen. Wir müssen große Anstrengungen machen, um diese hochwertigen Bildungsinstitute für die Welt der arbeitenden Klassen zu öffnen. Wir müssen große Anstrengungen machen, um diese hochwertigen Bildungsinstitute für die Welt der arbeitenden Klassen zu öffnen.

Lohn- oder Gehaltsabbau erlitten oder in Aussicht. Außer einigen andern Berufen, unter denen das Buchdruckergewerbe glücklicherweise zu finden ist, beherrscht der Angriff beinahe die ganze industrielle Front. Damit ihrer wirksamen Organisation ist es den Buchdruckern bisher gelungen, eine Verschlechterung ihrer gegenwärtigen Wirtschaftslage abzuwehren. Nichtsdestoweniger schreiben die Prinzipale im Buchdruckgewerbe immerfort nach einer Herabsetzung der Betriebskosten, einschließlic der Löhne, um, wie sie sagen, ihre Betriebe rentabel zu machen und die schwere Konkurrenz bekämpfen zu können. Gewerkschaftlich betrachtet sieht die Lage wenig hoffnungsvoll aus. Was den Beschäftigungsstand anbetrifft, so ist in allen Druckorten die Zahl der Arbeitslosen außerordentlich groß. Der Geschäftsgang bleibt flau, und in vielen Großbetrieben ist Kurzarbeit die Regel. Vorerhin ist die Lage nicht schlimmer als am Ende des vorigen Jahres. — In London geht ein Gerücht um, daß baldigst eine neue große Abendzeitung dort erscheinen wird. Eine Mantelgesellschaft, die London Counties Public Press, Ltd., ist schon eingeschrieben worden, der die Vorbereitungen anvertraut sind. Bei der allgemeinen Senkung in den Inflationseinkünften scheint die Zeit nicht gerade günstig für eine Unternehmung von Bedeutung, doch hoffen die Londoner Buchdrucker, daß sich das Gerücht als wahr erweist. Es gibt nur drei Abendzeitungen in London, und nach der Meinung von maßgebenden Fachleuten ist Raum genug da für eine vierte Abendzeitung. Politisch soll die neue Zeitung unabhängig von allen Parteien sein. Der berühmte Schriftsteller Edgar Wallace wird als erster Redakteur genannt. — Die neuesten Ereignisse im Pariser Markt waren von mehr als zufälligen Interesse für die Buchdrucker. Die Verwerfung des Geschenkgesetzes zur Erhöhung des Schulpflichtalters bis auf 15 Jahre war eine große Enttäuschung für uns, weil wir eine Geschäftsbekämpfung davon erwarteten. Durch sogenannte Wirtschaftsräte hat das Herrenhaus wieder einmal den Willen der Arbeiterregierung vereitelt. Die Arbeiterregierung sieht sich damit vor einer starken Mauer von Vorurteil und Klasseninteresse. Es wird jetzt die Sache der Arbeiter sein, diese Mauer zu durchbrechen. — Kataloge usw. der britischen Industrie, in neun Sprachen modern gedruckt, sind neulich an 10 000 vermutliche Käufer in allen Teilen der Welt versandt worden. Mehrere Firmen im britischen Buchdruckergewerbe nehmen auch an der großen Ausstellung des britischen Reiches in Buenos Aires teil, die binnen kurzem vom Prinzen von Wales eröffnet werden wird. — Dem Verlagszirkular nach wurden im Jahre 1930 in Britannien 15 303 neue Bücher herausgegeben, ein Zuwachs von 1300 gegenüber 1929. Wie gewöhnlich nehmen Romane die erste Stelle mit ungefähr 4000 Bänden ein. Die Abteilungen „Jugend“ und „Religion“ hatten je mehr als 1000 neue Bände. — Ein Seherkollege J a m e s S y m i n g t o n aus Edinburgh nimmt für sich in Anspruch, der älteste Gewerkschaftler in ganz Britannien zu sein. Er ist mehr als 100 Jahre alt und ist 75 Jahre Mitglied der Typographical Association, des Provinzialverbandes, gewesen.

Korrespondenzen

**Barmen.** In unsrer Versammlung am 3. März nahmen etwa 80 Kollegen teil. Vorsitzender B e l l i n g e r richtete nach der Begrüßung ermunternde Worte an die Versammlung. Durch erbittertes Arbeitslosentum würde auch kein Jota am Schiedspruch geändert; nur durch tätiges Mitarbeiten könne man sich stark machen und spätere Angriffe abwehren. Unter „Geschäftlichen“ wurden Eingänge und Fragen lokaler Natur erledigt. Aufgenommen wurde ein Kollege. Zum Ausschluß gestellt wurde ein Kollege wegen Nichterscheins von Beiträgen und ein Kollege, der trotz Verwarnung durch den Vorstand eine „Wohlfahrter“-Stellung unter Tarif angenommen hatte. Nach dem Kassenbericht des Kollegen S t o k i n g e r wurde die berufliche Lage im Bezirk und Reich erörtert. Kollege B e l l i n g e r wies die uns von der „Korr.“-Redaktion im Kommentar zum Bezirksversammlungsbericht zum Vorwurf gemachte „böswillige Verknüpfung der Tariffrage“ weit von sich und betonte ausdrücklich, daß die Bezirksversammlung keinen Augenblick daran geweltet habe, daß unsre Unterhändler voll und ganz ihre Pflicht getan hätten und daß es ebenso der Versammlung ferngelegen habe, ein Mißtrauen gegen einzelne Mitglieder oder gegen den Gesamtvorstand auszubilden. Das dann verteilte Zirkular des Verbandsvorstandes, in dem dieser noch einmal zum Schiedspruch Stellung nimmt und in dem die Gründe und Ursachen, die den Schiedspruch so ausfallen ließen, eingehend erörtert wurden, wurde mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Das Vorgehen der Besetzung einer Druckerei in Kennep hatte den Erfolg, daß die Einigungsverhandlungen unter Hinzuziehung eines Mitgliedes des Gewerkschaftes und des Bezirksvorsitzenden dazu führten, daß der gesamten Besetzung von dem zum Abzug kommenden Gelde 2 M. gestrichelt wurden. Ein Beweis dafür, daß die Unternehmer gabeln können, wenn sie wollen. In der Diskussion wurde gewünscht, daß der „Korr.“ über ausgedehnte Konflikte, wie in Berlin, Königsberg und Breslau, berichten möge, wenn auch ohne Kommentar; es sei unschäflbar, wenn die Kollegenhaft erst durch die Tageszeitungen davon erfahren. (Bei dieser Gelegenheit sei nochmals hingewiesen auf die in mehreren Nummern des „Korr.“ abgedruckte tarifrechtliche Unmöglichkeit der Erfüllung eines solchen Verlangens. S c h r i f t l i e u n g.) Ferner wurde das Verhalten der Unternehmer kritisiert, die nach dem Lohnkampf von einer Preisbefragung für Zeitungen und Druckmaschinen nichts wissen wollten. Man müsse die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen. Die Versammlung stimmte einem Antrage D i j f e l d o r f s auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung zu. Unter „Verständenen“ wurde die starke Anteilnahme der Arbeitslosen an Verbandsleben lobend erwähnt und den arbeitenden Mitgliedern als Beispiel empfohlen. Das

Verhalten solcher Kollegen, die bei Konditionsannahme ohne Erkundigung über Lohn- und Arbeitsbedingungen ihre Arbeit antreten, wurde scharf gerügt.

**Bremen. (Korrektoren.)** In der Jahres-Hauptversammlung des Korrektorenvereins „Nordwest“ am 1. März, zu der auch mehrere Oldenburg-Kollegen erschienen waren, wurde vom Vorsitzenden der Jahresbericht vorgelegt und dann vom Kassierführer der Kassenbericht gegeben, der mit einem kleinen Überschuß abschloß. Der Vorstand wurde auf Vorschlag aus der Verammlung einstimmig wiedergewählt. Kollege S a h m a d e k e hatte am Tage der Verammlung der Zahl der Verammlung für die treue Kassenverwaltung, die in manden Jahren nicht sehr leicht war, zuteil. Unter „Verständenen“ fand über die vorgeschlagene Kleinrechnung eine sehr lebhafte Aussprache statt. Es stellten sich alle Anwesenden auf den Standpunkt, daß auch von allen übrigen Korrektorenspartern die vorgeschlagene Änderung abzulehnen sei, wie es die Bremer und Oldenburger Kollegen in ihrer Hauptversammlung getan haben.

**Gemüß.** Am 10. März gemeinsam mit dem Bildungsverband abgehaltene Versammlung war gut besucht. Vertreter des Lehrerevereins waren ebenfalls anwesend. Kollege F. D e r i b e r (Berlin), Schriftleiter des „Sprachworts“, hielt einen interessanten und fesselnden Vortrag mit Lichtbildern über die „Reform der Rechtschreibung“. Er führte aus: Die Reformbestrebungen sind nicht von den Buchdruckern ausgegangen. Sie waren eine Kunstangelegenheit der Architekten, Reklamemaler usw. und in dem Fortschritt der Technik begründet. Es wurde praktisch und einfacher, dafür aber zweckmäßiger gebaut. Die vielen Schmökerlesen und Verzerrungen fielen weg. Unre Rechtschreibung trank auch noch an vielem Altin; kein Wunder, daß auch hier Reformbestrebungen im Gange sind. Sie gingen erstmalig von der Lehrerschaft aus, und der Buchdrucker kann nicht adios an ihr vorübergehen. Der Bildungsverband hat sich schon voriges Jahr damit beschäftigt. In nächster Zeit wird eine Umfrage an die Mitglieder gehalten und folgende drei Fragen vorgelegt werden: 1. Sind Sie für Rechtschreibung der jetzigen Rechtschreibung? 2. Sind Sie für Rechtschreibung, aber Großschreibung am Anfang des Satzes, der Namen, Städte, Länder usw.? 3. Sind Sie nur für Rechtschreibung? Kollege Oberüber ging in seinem Vortrag bis auf den Ursprung der Schrift tief zurück und zeigte durch Lichtbilder den Fortschritt bis zur heutigen Zeit. Bis 1900 herrschte völlige Anarchie auf diesem Gebiete. In der Schule lernte man so, amüßlich wurde wieder anders geschrieben, und im privaten Verkehr gab es eine eigene Rechtschreibung. 1901 tagte in Berlin eine Konferenz, die sich mit der Vereinfachung der Rechtschreibung beschäftigte, und 1903 erschien der erste Duden, der auch für die Buchdrucker maßgebend war. Der verdienstvolle Förderer der deutschen Rechtschreibung, Dr. Konrad Duden, ist 1911 gestorben. Es folgten dann noch mehrere Reformen, die letzte im Jahre 1929. Reichser Beisatz bantte dem Referenten für seine schätzbaren Ausführungen. In der Diskussion sprachen zwei Lehrer, die sich für die absolute Kleinrechnung einsetzten, was in der Versammlung wenig Anklang fand. Kollege Oberüber entschied sich für die zweite Frage: Rechtschreibung, aber Namen und Städte usw. groß, der sich die Kollegen einstimmig angeschlossen.

**Dresden.** Inre Versammlung am 4. März wies wiederum einen sehr guten Verlauf auf. Neben Tarif- und Lohnfragen befaßten wir uns mit einem sehr interessanten und aktuellen Thema, nämlich „Religion und Arbeiterschaft“. Als Redner hatten wir Dr. E r i c h J e i g n e r gewonnen, der uns in fesselnder und umfassender Weise dieses Problem nähertrachte und zum Nachdenken anregte. Er führte uns die Macht der Kirche in der Gegenwart vor Augen. Alle Gesetze tragen nicht nur den Stempel der Kirche, sondern sind dem mittelalterlichen kirchlichen Recht entnommen, wie der Referent in interessanter und für viele in überraschender Weise bewies. Kein einziger Paragraph in unserm jetzigen Strafrechtsgesetz ist vorhanden, der nicht auf der sogenannten kirchlichen Moral aufgebaut wäre. Wie schwerwiegend das sein kann für den einzelnen wie für die Gesamtheit, belegte der Redner an verblüffenden Beispielen; und es war nicht übertrieben, wenn er behauptete, daß sich etwa 90 Proz. aller Staatsbürger strafällig gemacht hätten, wenn entsprechende Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erfolgt wäre, so daß die Gefängnisse und Justizhäuser nicht zu lange würden in ihrem jetzigen Umfang. Die mittelalterlichen Anschauungen der Kirche über Ehe und das Sexualleben überhaupt sind noch heute im Strafrechtsgesetz verankert, und Vergehen, die sich auf diesem Gebiete fast alle Menschen zuschulden kommen lassen und von der Kirche als „Sünde“ bezeichnet werden, von allen Staatsbürgern aber als ganz harmlos empfunden und auch gestätigt werden, finden im Strafrechtsgesetz ihre Anwendung, wenn eben Anzeige erstattet würde. Es müßte daher das Bestreben vor allem der Arbeiterschaft sein, hier mitzuwirken, um Wandel zu schaffen. Es könne nicht angehen, Menschen zu bestrafen, wie es noch sehr oft vorkomme, die durchaus keine Verbrechen seien, ja, die sich nicht einmal beim Begehen einer Handlung bewußt waren, daß diese überhaupt strafällig sein könne. An den sehr beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhaftige Aussprache an, die von neun Referenten besprochen wurde. Alle Redner schloßen sich den Ausführungen des Referenten an bzw. ergänzten diese, bis auf einen Kollegen, der sich wohl als mit dem Sozialsystem sympathisierend bekannte, aber den Nachweis zu bringen verweigerte, daß die Kirche nicht so gefährlich sei, wie sie im Vortrag geschildert wurde. Im Schlußwort beantwortete der Referent verschiedene gestellte Fragen und zerfüllte in gründlicher Weise die Ausführungen des einen Debattierers. Er konnte dies um so überzeugender tun, als er selbst früher Staatsanwalt gewesen ist und somit aus der Praxis Beispiele anführen konnte, die überzeugend wirkten. Kollege S a h m a n n gab dann einen Überblick auf die Auswirkung des verbindlich erklärten Schiedspruches sowie auf den verhandelten weiteren Lohnkampf unter Unternehmer, die hier wieder „zweimal zu frühfücken“ versuchten. In allen dergleichen weiteren Abwärtssuchen müsse sofort Mitteilung erfolgen, um wirksam und schnell abzuwehren zu können.

M. D i j f e l d o r f. Am 14. März fand eine Versammlung statt, in der Vorsitzender B e r n h a r d t zunächst des alten, trenen Mitgliedes August Schärer gedachte, der seit dem 17. Dezember 1930 verstorben war und am 2. März in der Nähe von Tanten aus dem Rhein gelandet wurde. Die Verammlung hörte sodann einen interessanten Vortrag über „Berufsauswahl, Berufsauslese, Berufserziehung“ durch Herrn Professor Dr. v a n d e n W y n e n b e r g h (Köln), der in fesselnder Weise die Probleme der modernen Berufserziehung behandelte. Den freiesten Raum der Verammlung nahm wiederum eine ausgedehnte Aussprache ein, die noch einmal über die letzten Lohnverhandlungen und ihre Auswirkungen gepflogen wurde. Der Vorsitzende gab das Rundschreiben des Verbandsvorstandes bekannt, aus dem die Stellungnahme des Verbandsvorstandes zum D i j f e l d o r f e r Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Verbandsstages besonders interessierte, ebenso die ablehnende Haltung des Gewerkschaftes zum dem Antrag. Bis zur Verammlung lagen nur von sechs Ortsvereinen aus dem Verbandsgebiet Erklärungen vor, davon drei zustimmend und drei ablehnend. In der Aussprache begründete Kollege R e i n s t ä d t e r eine von ihm eingereichte längere Entschuldig und befaßte sich mit dem Schlichtungswesen, das nur dazu angetan ist, die Arbeiterschaft zu spalten und die Unorganisierten davon abzuhalfen, sich zu organisieren. Er ikonisierte dann den Hindenburgbesuch der Gewerkschaftsführer, machte längere Ausführungen über wirtschaftliche Fragen und warf dem Ortsvereinsvorstand, dem er selber angehört, vor, daß dieser kein Interesse an der Weiterbildung der Kollegen in Wirtschaftsfragen habe, weshalb er den Antrag stellte, die Verammlung solle eine Kommission von vier Mann wählen, die den Auftrag erhalte, solche Vorträge außerhalb der Verammlung zu veranstalten. Vorsitzender B e r n h a r d t wies die Beschlüßigungen Reinstädters entschieden zurück. Der Vorstand habe schon Interesse an der weiteren Ausbildung der Kollegen gehabt, nur seien für die beiden ersten Verammlungen lange vorbereitete Vorträge zu halten gewesen. Die Kollegen D o h n s w i t z, M a l e h t i, K ö n e r und W a h n r i e d sprachen im gleichen Sinne wie Reinstädter und unterstützten dessen Entschuldig. Es wurde von ihnen bemängelt, daß der „Korr.“ nicht die Begründung zum D i j f e l d o r f e r Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Verbandsstages abgedruckt habe und ein Antrag mit diesem Verlangen gestellt. Die Kollegen W a y, E r i c h, Heinrich Re i n s t ä d t e r, G r a f und S c h i n d e l e k e r warnten sich entschieden gegen die Ausführungen der die Entschuldig unterstützenden Kollegen. Es wurde als mindestens die Streichung der die Reinstädter verlegenden Stellen gefordert. Wenn auch Reinstädters Ausführungen über die Auswirkungen des Schlichtungswesens, nämlich das Desinteresse, sich zu organisieren, richtig seien, so übersehe er doch, daß zur Zeit die Mehrheit der Gewerkschaften nur einmal noch das Schlichtungswesen beizubehalten wüßte. Als einzelner Verband könnten wir deshalb hiergegen nicht aufgehen, da man sich wie immer und überall als Einzelglied dem Wohle der Gesamtheit ein- und unterordnen müsse. Es sei leider eine bedauerliche Zeitersehung, daß viele heute nur das sehen, was in ihrer nächsten Nähe vorliegt, ohne zu beachten, daß noch andere Mächte vorhanden sind, mit denen man rechnen müsse. Es sei nun einmal Tatsache, daß nur eine Minorität der deutschen Arbeiterschaft organisiert und diese noch in viele Richtungen zerplittert sei. Das Mißtrauen gegen die Führer sei sinnlos, es sei nur dazu angetan, Uneinigkeit in die Kollegenhaft zu tragen, wo heute Einigkeit mehr denn je erforderlich sei. Man sehe schon die Fehler und Mängel der heutigen Zeit, man dürfe hierfür aber nicht die eignen Institutionen und Führer verantwortlich machen. Nach weiterer, teils lebhafter Diskussion entschloß sich Kollege Reinstädter, seine Entschuldig etwas abzumändern und empfahl sie dann erneut zur Annahme. Mittlerweile war es bereits Mitternacht geworden und der weitaus größte Teil der Versammlungsbesucher hatte den Saal verlassen. Unter Anwesenheit von noch etwa 40 bis 50 Kollegen (Der Ortsverein D i j f e l d o r f hat mehr als 1000 Mitglieder. S c h r i f t l i e u n g) wurde dann mit Mehrheit die Entschließung mit folgendem Wortlaut angenommen: „Der Ortsverein D i j f e l d o r f des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hält die von der kapitalistischen Diktatur Bränning ohne Lohnausgleich geplante Einführung der 40-Stunden-Woche, die nach den schon vorhergegangenen Lohnsenkungen eine nicht tragbare weitere Verelendung der Arbeiterschaft bedeutet, nicht für das geeignete Mittel zur Behebung der Krise, sondern er fordert, um für die durch die Rationalisierung hervorgerufenen Mehrproduktionen einen aufnahmefähigen Markt zu schaffen und den Erwerbslosen so wieder Arbeit zu geben, als erste Etappe die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Er ist allerdings der Ansicht, daß Vorkämpfer zu Hindenburg schon vorher auschichtslos sind und als Ausdruck einer durchaus nicht vorhandenen Ohnmacht der Arbeiterschaft uns nur schaden, zerplitternd wirken und die Arbeiter dem Faschismus in die Arme treiben.“ Die D i j f e l d o r f e r Buchdrucker fordern vielmehr, und sie rufen alle Kollegen und darüber hinaus die gesamte deutsche Arbeiterschaft auf, sich dem anzuschließen, daß die Zentralinstanzen des Verbandes und des DGB, zum Angriff gegen den immer unverfämlter werdenden Kapitalismus und seine politischen Exponenten vorgehen. Nur der opfervolle Kampf der gesamten Arbeiterschaft kann zum Erfolg gegen die weitere Verelendung und zur Schaffung menschenwürdiger Bedingungen für die Arbeiterschaft führen. Dieser Kampf muß und wird geführt werden, soll der deutsche Arbeiter nicht auf die Stufe schinesischer Kulis heruntersinken, wenn nicht mit den Führern, dann ohne und gegen sie. Nur wird der Kampf, je länger er hinausgeschoben wird, um so schwerer und opfervoller, und die Verantwortung dafür haben unsre Führer zu tragen, die glauben, daß sie der Machthaber eines von Todesstrafen heimgegangenen und deshalb um so brutaleren Kapitalismus durch sühne und kluge Reden Einfluß gestöten könnten.“ Mit demselben Stimmenerhältnis wurde dann auch der Antrag Reinstädters auf Bildung einer viergliedrigen Kommission angenommen, nachdem er (insolge der Verlegung des Vorsitzenden, hierüber abstimmen zu lassen, weil nicht eine Kommission, sondern der Vorstand die Geschäfte des Ortsvereins führe) erst noch dahin abgeändert wurde, daß die Kommissionsarbeit der Genehmigung des

Vorstandes bedarf. Annahme fand schließlich auch noch ein Antrag, der nachträgliche Aufnahme der Begründung des Düsseldorf-Vertrages auf Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages in „Rorr.“ verlangt.

Offenbach a. M. Untré Bezirksversammlung am 2. März hatte einen schwachen Besuch aufzuweisen. Nachdem Vorsitzender Bismarck auf die in nächster Zeit stattfindenden Veranstaltungen des Bildungsverbandes hingewiesen hatte, erhielt Herr Redt das Wort zu seinem Vortrag „Die Stellung der deutschen Arbeitererschaft zum Staat.“ Am Schluß seiner etwa dreiviertelstündigen Ausführungen wurde dem Redner reichlich Beifall gezollt, und der Vorsitzende übermittelte ihm den Dank der Versammlung. Bei der Wahl eines Schriftleiters wurde Kollege Henn einstimmig gewählt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten war die Versammlung beendet.

Stuttgart. (Maschinenzeiter.) Die Generalversammlung untré Gauvereinigung fand am 1. März hier statt. Sämtliche Bezirke waren durch Delegierte vertreten, auch nahmen zahlreiche Kollegen als Gäste an der Versammlung teil. Vorsitzender Köstler begrüßte die Erschienenen, besonders den Gauvorsitzer, Kollegen Klein, sowie die Vertreter der Drucker, Handwerker und des Bildungsverbandes. Anschließend wurde den im abgelaufenen Geschäftsjahr verstorbenen Kollegen ein ehrendes Gedächtnis gewidmet. Der Vorsitzende gab nach den geschäftlichen Mitteilungen einen Rückblick über das abgelaufene Geschäftsjahr, wodurch der gedruckt vorliegende Jahresbericht wesentliche Ergänzungen erhielt. Kollege Böckel erläuterte den Jahresbericht und darauf folgend Kollege Werner den Bericht der Technischen Kommission. Die anschließende Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft, wozu auch die aus anderen Gauen vorliegenden Jahresberichte beitrugen. Der durch den Schiedspruch diktierte Lohnaufbau wurde auf das eingehendste verurteilt und als Lohnraub bezeichnet. Kollege Klein führte u. a. aus, daß es dort, wo die Kollegen sofort das Cashiro benachrichtigen, wenn verurteilt wird, die Leistungszulagen abzubauen, fast rektlos gelungen sei, dies abzuwehren. Der Ausschuß von Kollegen, die sich in der RW. betätigten, wurde begrüßt. Die gegenwärtige Krisenzeit verlange mehr denn je Einigkeit, und wer diese stört, müsse aus dem Verband entfernt werden. Angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage werden die Kollegen dringend ermahnt, Überstunden unbedingt zu vermeiden. Sonnensarbeit kommt im Gau Württemberg kaum in Betracht, und dort, wo sie geleistet werden muß, ist diese in die 48-Stunden-Woche einbezogen. In der Zusammenfassung des Vorstandes ergab sich keine Veränderung, da der seither amtierende Vorstand einstimmig wiedergewählt wurde. Die Technische Kommission erfuhr eine Erweiterung durch zwei Kollegen. Da der Rollenbestand gegenüber demjenigen des Vorjahres ein Minus aufwies, wurde beschlossen, in diesem Jahre keine Wanderversammlung abzuhalten, namentlich auch mit Rücksicht darauf, daß im Jahre 1932 der Maschinenleistungsgesetz in Stuttgart stattfindet. Analog dieses Beschlusses wurde die Erhaltung der Kollegen, die auf eine zweijährige Mitgliedschaft zurückblicken können, vorgenommen, die sonst auf der Wanderversammlung stattfinden. In diesem Jahre konnte vier Kollegen die Plakette des Vereines übergeben werden. Mit Worten des Dankes an die Delegierten und einem entsprechenden Schlusswort des Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen. — Nachmittags fand im Metallarbeiterheim (Hotel am Stadtgarten) ein kollegiales Zusammenkommen statt, wobei dann der gemüthliche Teil zu seinem Recht kam, von dem ausgiebig Gebrauch gemacht wurde.

Zorgau. Am 20. Februar fand im „Buchdruckerheim“ eine sehr stark besuchte Bezirksversammlung statt. Unser Gauvorsitzer König (Halle) gab einen ausführlichen Bericht über die Lohnverhandlungen und die Verbindlichkeitsklärung des Lohnabbauschiedspruchs. In der darauf folgenden lebhaften Aussprache wurde der einseitige Schiedspruch stark verurteilt, da doch der verprophete Preisabbau nicht eingetreten ist und der Schlichter die von der Gewerkschaft im Interesse der arbeitslosen Kollegen geforderte Verkürzung der Arbeitszeit auf vierzig Stunden nicht berücksichtigt hatte.

Allgemeine Rundschau

Robert Helfer f. Nach schwerem Leiden verstarb am 23. März in Berlin unser Kollege Robert Helfer im 76. Lebensjahre. Vom klassischen Weimar nahm er einst seine Aufsicht. Dort erlernte er die Kunst Gutenbergs, und dort war es auch, wo er als Verbandskollege viele Jahre hindurch wader seinen Mann gestanden hat. Still und unermüdet stellte Kollege Helfer in verschiedenen Ämtern sein Wissen und Können in den Dienst unserer Sache. Im Jahre 1899, nach der Zerlegung des Nordosts des Gauses Osterland-Ahningen von Altenburg nach Weimar, wurde ihm das arbeitsreiche und verantwortungsvolle Amt des Gauassessors übertragen, das er ehrenamtlich getreulich verwaltete bis zum Ende der Neunhunderbewegung, jenes gewaltigen Kampfes, der so reich war an Standhaftigkeit, Opfermut und Gehilfen, andererseits aber auch an Feigheit, Gesinnungslosigkeit und Niedertracht. Als sich die Kampfeswogen zu verlaufen begannen, blieb Robert Helfer als Ausgelagerter auf der Strecke. Er ging zunächst nach Gera und siedelte später nach Berlin über, wo er in der Druckerzeit der „Rost“ ein Entkommen fand und jahrelang auch das Amt des Vertrauensmannes versah. Am 15. Oktober 1909 trat Kollege Helfer dann als Hilfsarbeiter ins Verbandsbüro ein, wo er mit jener vorbildlichen Gewissenhaftigkeit, die ihm stets eigen war, bis zu seiner Unabkömmlichkeit am 1. Juli 1927 tätig war. Wenige Jahre nur hat sich Kollege Helfer des wohlverdienten Ruhestandes erfreuen dürfen. Ein guter Kollege und lieber Freund, aber auch ein zuverlässiger Mitarbeiter am Aufbau unserer Organisation ist mit ihm dahingegangen. Sein Andenken bleibt in Ehren!

Wolf May f. Der Tod ist rücksichtslos und unerbittlich. Viel zu früh, erst 30 Jahre alt, aus vollem Schaffen heraus entzück er uns am 22. März einen lieben Kollegen, den langjährigen Schriftführer des Ortsvereines Düsseldorf, Adolf May. Er war einer unserer empfindlichsten und erfolgreichsten Mitarbeiter, eine Persönlichkeit, die sich im harten

Kampf mit äußeren und inneren Widerständen des gewerkschaftlichen Lebens entwickelte und siegreich durchsetzte. Fast gleichzeitig mit der uns aus Düsseldorf übermittelten Trauerbotschaft vom Hinscheiden Adolf Mays infolge Herzkrankung ging uns von diesem selbst kein letzter Versammlungsbericht zu, den wir in heutiger Nummer veröffentlichten. Aus dem Ansprechen zu dem Bericht sprach deutlich die Sorge des Kollegen May, daß „sein Inhalt nicht gerade zum Vorteil für unsere Verband sein wird, wenigstens soweit es die Entschuldigungen betrifft“. Er als Verfasser der vorbildlich ausgestalteten Jubiläumsschrift „70 Jahre Organisation der Düsseldorf-Buchdrucker 1840 bis 1924“ wußte es nur zu gut, daß eine Organisation um so stärker ist, je mehr klare Empfindungen und Gedanken in den Herzen und Köpfen aller Mitglieder lebendig sind, je mehr das Wirken und Wollen der Organisation als gemeinsame Sache gefühlt und gefördert wird. In Adolf May verlor der Ortsverein Düsseldorf einen Kollegen, dessen Herz mit allen Fasern an der Arbeiterbewegung hing, deren Vertrauensmann und eifriger Helfer er schon in jungen Jahren war. Aber seine Kräfte hinaus hat er im Dienste der Organisation und der Arbeiterfrage gearbeitet. Die Müde, die das Hinscheiden des Kollegen May im Ortsverein Düsseldorf hinterläßt, wird nicht leicht wieder auszufüllen sein. Das Andenken des dahingegangenen Kameraden in Ehren zu halten durch Weiterwirken in seinem Geiste wird zur Dankeschuld der Düsseldorf-Kollegen. In der Erinnerung der Gesamtkollegenchaft aber wird Adolf May fortleben, und wo man der Besten gedenkt, die für unsere Organisation gewirkt haben, da wird auch sein Name mit Ehren genannt werden!

Auszeichnung der Bühnergilde Gutenberg. Die Jury der Deutschen Buchkunststiftung, die alljährlich zum Tag des Buches unter der gesamten deutschen Buchproduktion des vergangenen Jahres die 50 bestausgestellten Bücher auszuwählen hat, nahm in diesem Jahr wieder zwei Werke der Bühnergilde Gutenberg (gedruckt in unserer Verbandsdruckerei) unter die Preisträger auf, nämlich „Tiere, Sonnen und Atome“ von C. Bising, sowie „Se, Kofalen!“ von Alex. v. Sacher-Masoch. Damit ist erneut bestätigt worden, daß diese Gemeinschaft wertvoller Buchleser, die ihr literarisches Programm fortgesetzt ausbaut, auf dem Gebiet neugeistlicher Buchkunst Vorbildliches leistet.

Etwas für Drucker. Unter dieser Überschrift erschien in der jüngsten Nummer der „Mitteilungen“ des Gauses Württemberg eine Reihe von guten Ratsschlägen an Druckerkollegen, die allgemein bekannt zu werden verdienen, weshalb wir sie hier nachdrucken: „Wenn ein neuer Kollege anfängt, so schreie nicht fortwährend bei ihm herum und beobachte seine Arbeit oder dränge ihn dem Weisheit auf. Die ersten Tage in einer neuen Kondition sind auch für den Tätigsten, hauptsächlich im Maschinenbau, ungenümtlich. Andre Maschinen, neue Apparate und sonstiges verlangen, daß man sich erst eingewöhnt. Wenn der neue Kollege etwas wissen will, wird er schon selbst fragen. Siecht du aber, daß er sich mit einer Arbeit befleißigt, so laß ihn nicht verladen, sondern mache ihn in ganz kollegialer Weise auf dieses und jenes aufmerksam. Nimmst er Ratsschläge an, so wird er dir dankbar sein. Auch er kann dir neues zeigen. Will er aber alles selber wissen, so laß ihn gewähren. Auf diese Weise werden kollegiale Verhältnisse geschaffen und tüchtige Kollegen erzogen zum Besten des Verbandes. Auch werden dann die persönlichen Streitigkeiten, mit denen sich der Vorstand so oft herum-schlagen muß, aufhören.“

Stiftung im Leipziger Buchgewerbe. Gelegentlich einer Tagung des Deutschen Vereines für Bücherwesen und Schrifttum in Leipzig gab der sächsische Ministerialdirektor Dr. Allen von der Errichtung einer Dr.-Lubwig-Bolkmann-Stiftung Kenntnis, die nach näherer Maßgabe des Gewerksrats Bolkmann der technischen und künstlerischen Fortbildung des buchgewerblichen Nachwuchses dienen soll. Das sächsische Wirtschaftsministerium legt mit einem namhaften Betrag den Grundstock. Geheimrat Bolkmann ist nach Niederlegung seiner Vorstandämter des Deutschen Buchgewerbevereines und des Deutschen Vereines für Bücherwesen und Schrifttum zum Ehrenvorsitzenden dieser kulturellen Körperlichkeiten ernannt worden. Die nach ihm benannte Stiftung wird beim Deutschen Buchgewerbeverein errichtet, jener Organisation, der Geheimrat Bolkmann drei Jahrzehnte ein Führer war. In dieser Eigenschaft hat er u. a. auch die buchgewerbliche Weltausstellung „Wigra“ 1914 ins Leben gerufen.

Keine Herabsetzung der Schulbuchpreise. Die Vereinigung der Schulbuchverleger hat gegenüber mehrfachen Vorstellungen auf Herabsetzung der Schulbuchpreise geantwortet, daß die Voraussetzungen für einen sofortigen Abbau der Schulbuchpreise im Augenblick nicht gegeben seien. Die Gesehtungsstellen, die für Schulbuchpreisbildung maßgebend sind, hätten sich in der letzten Zeit nicht nur nicht gelent, sondern seien teilweise sogar noch höher geworden.

Tarifbindung im Steindruckgewerbe. Wie wir der „Tatpflanz Presse“ entnehmen, hat der Schugverband den Tarifvertrag für das Lithographie- und Steindruckgewerbe zum 31. Mai 1931 fristgemäß gekündigt. Bereits am 23. März hat auf Einladung von Unternehmerseite eine Aussprache über die „Lohnfrage“ zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsvertretern in Berlin stattgefunden, die jedoch ergebnislos verlaufen ist.

Verhinderung des Wirtschaftsaufstiegs durch Kaufkraftschwächung. Wenn man die gesteuerte Kaufkraft der erwerbstätigen Bevölkerung infolge Arbeitslosigkeit und Lohnabbau in Betracht zieht, braucht man sich wirklich nicht zu wundern, daß es nicht gelingt, die vorhandenen Warenbestände zum Absatz zu bringen. In welchem Maße die Kaufkraft gesunken ist, geht aus der Umfrageschrift der Konjunktionsgesellschaften hervor. Von Monat zu Monat sind die Umsätze der Konjunktionsgesellschaften zurückgegangen. Nimmt man den gleichen Monat des Vorjahres zur Unterlage, so sank der Durchschnittswertumsatz im November 1930 bis Januar 1931 um durchschnittlich 13 Proz. Im Februar war sogar ein Rückgang von 19 Proz. zu verzeichnen. Die „Konjunktionsgesellschaftliche Rundschau“ erklärt diese rückläufige Entwicklung wie folgt: „Je länger der Arbeitsmarkt in dem jetzigen Ausmaß belastet bleibt, desto mehr leiden auch die Haushaltungen der in den Konjunktionsgesellschaften vereinigten Verbraucher unter der immer größer werdenden Kaufkraftschwächung. Die Spargrößen der Ver-

braucher schmelzen zusammen, die Beeinträchtigung ihrer Lebenshaltung nimmt stärkere Formen an, und der Umfang ihres Bedarfs verkleinert sich zwangsläufig immer mehr.“ Im Zentralverband Deutscher Konjunktionsgesellschaften sind 2,9 Millionen Verbraucherfamilien zusammengefaßt. Man kann die Zahl der Familien der Lohn- und Gehaltsempfänger auf etwa 10 Millionen schätzen. Was eine Kaufkraftminderung um nahezu ein Fünftel bedeutet, brauchen wir nicht näher darzulegen. Sie wirkt auf den Absatz von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen bedauerlich ein und bringt die Wirtschaft in einer Weise in Unordnung, daß in absehbarer Zeit überhaupt nicht von einem Aufstiege, sondern von einem weiteren Verfall gesprochen werden muß. Ein geringer Teil des gestiegenen Umsatzzuwachses wird auf die Senkung der Bedarfsgegenstände zurückzuführen sein. Aber für eine so große Umsatzminderung von 19 Proz. ist dieses Argument nicht mehr durchschlagend. Volkswirtschaftliche Theoretiker zerbrechen sich den Kopf über den erfolglos katastrophalen Rückgang der Wirtschaftstätigkeit. Wenn sie konsequenterweise die Kaufkraftminderung als Ursache alles Übels erkennen wollten, würden und müßten sie mit den Gewerkschaften dafür eintreten, daß eine Kaufkraftstützung aufs energigste betrieben wird. Sie ist die alleinige Triebfeder eines Aufstieges der Wirtschaft. Sieht man sich aber im Laufe und, so findet man immer noch Bestrebungen, die Kaufkraft durch Senkung der Löhne und Gehälter zu schwächen. Nur wenige kommen auf den Gedanken, daß Lohnsenkungen die Kaufkraft bilden, mit welcher jede geringfügige Preissteigerungserhöhung erschlagen wird. Nur wirtschaftliche Einsicht im Bunde mit der Kraft, diese auch richtig einzusehen, führt uns aus dem Krisenzugand heraus, unter dem wir alle leiden.

Das Arbeitsloseneend. Am 15. März waren in Deutschland 4 930 000 Arbeitslose vorhanden. Mitte Februar wurden 4 991 000 Arbeitslose festgestellt. Somit ist innerhalb eines Monats nur ein Rückgang von 11 000 zu verzeichnen. Wie diese Zahlen zeigen, bewegt sich die Arbeitslosigkeit nach wie vor auf der alten Höhe. Nun ist es allerdings richtig, daß das wärmere Wetter erst nach dem 15. März eingetreten ist. Die Möglichkeit besteht also, daß Ende dieses Monats ein stärkerer Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen sein wird. Die Arbeitslosenversicherung war Mitte März mit 2 526 000 Hauptunterstützungsempfängern belastet, gegen 2 602 000 Mitte Februar. Die Krisenunterstützung zählte 940 000 Hauptunterstützungsempfänger, gegen 882 000 im Monat vorher. In den beiden Unterstützungsarten ist eine Verschiebung in der Form eingetreten, daß die Arbeitslosenversicherung entlastet und die Krisenunterstützung belastet wird. Diese Tatsache beweist, daß die langfristige Arbeitslosigkeit zu genommen hat. Immer größer wird die Zahl derjenigen, die länger als 39 bzw. 52 Wochen arbeitslos sind und somit aus der Arbeitslosenversicherung ausscheiden und der Krisenunterstützung überwiesen werden.

Volksgeistlich-kapitalistisch. Die verantwortungslosen kommunisistischen Abenteuer von Halle und Merseburg haben auch dem Konsumverein Gotha ein gleiches Schicksal bereitet, indem sie ihm den Privatkapitalismus ausliefern. Wie in Halle, so hat auch in Gotha eine privatkapitalistische Interessengemeinschaft die kommunisistisch heruntergewirtschaftete Genossenschaft in die Hände bekommen, obwohl der zuständige Revisionsverband organisatorische und materielle Vorkehrungen zur Rettung der Genossenschaft gemacht hatte. Die Presler von Halle wollten die Zerstückung auch in Gotha, und eine bedauernde, betrübte Gesellschafter ging blind in die Schicksalsgemeinschaft von Halle. Der ganze Jammer jenes irrsinnigen Treibens geht aus den Ausführungen hervor, mit denen der Vertreter Moskows, der Bankrotter von Halle, Ertinger, die Privatkapitalisten in einer Gläubigerversammlung unsmäßig sagte: „Sie, meine Herren, müssen uns als die Exponenten des Kapitalismus gegen die Vormachtstellung der GGG, in den deutschen Genossenschaften betrachten. Dankbar sollten Sie uns sein, daß wir versuchen, diesen Kampf mit der größten Rücksichtslosigkeit durchzuführen, der nur einzig und allein der Privatkapitalisten die Möglichkeit wieder gibt, an die deutschen Genossenschaften heranzukommen. Dazu allerdings ist notwendig, daß man auch etwas ins Geschäft stellt. Hier in Mitteldeutschland ist es der Konsumverein Halle, der diesen Kampf für die gesamte revolutionäre Genossenschaftsbewegung führt. Dafür sollten Sie uns dankbar sein und nicht etwa mit Angriffen gegen uns herauskommen usw.“ Gibt es ein größeres Verbrechen, als diesen unerhörten Kampf gegen die mit so unendlich vieler Mühe aufgebauten Eigenbetriebe der deutschen Genossenschaften?

Wie verläßt ich meine Ferienzeit am zweckmäßigsten und nahrhaftigsten? In Krisenzeiten, wie wir sie gegenwärtig durchleben, ist obige Frage am meisten berechtigt. In einer solchen Zeit muß der Arbeiter besonders darauf bedacht sein, seine Urlaubszeit und seine Mittel zweckmäßig zu seiner und seiner Angehörigen Erholung zu verwenden. Reisen und Wandern, Abwechslung hineinbringen in die Alltäglichkeit des Lebens ist immer noch das beste Mittel, Körper und Geist neu zu fassen für den heutigen schweren Daseinskampf. Es müssen nicht immer das Hochgebirge oder die Seebäder sein. Unsere herrlichen deutschen Mittelgebirge bieten eine solche Fülle von Natur Schönheiten, daß sie dem, der sie lebenden Auges durchwandert oder an den schönsten Stellen Pausen für seinen Ferienaufenthalt nimmt, noch immer Frieden und Erholung und neue Kraft zum Lebenskampf geben können. In einigen der schönsten Punkte unserer deutschen Mittelgebirge unterhalten nun völlig gemeinsinnig arbeitende Organisationen eine Anzahl gut bewirtschafteter Ferienheime und Wanderheime. Die Ferienheimgenossenschaft und die Adfa besitzen zur Zeit sieben Ferienheime und fünf Wanderheime, einige in den herrlichen Bergen und Wäldern des Thüringer Landes, zwei in den ausgedehnten Wäldern des Vogtlandschen und des Oberpfälzer Gebirges, eins am Kleinen-Röthiger See im märkischen Seengebiet, nahe Berlin gelegen, und eins im Weinwald bei Altenburg. Nur durch unermüdetliche Arbeit und unter tatkräftiger Unterstützung der freien deutschen Arbeiterbewegung konnten nach und nach alle Heime, die ein wesentlicher Teil einer neuen eignen Ferienkultur der modernen Arbeiterbewegung ist, geschaffen werden. Seine Ferien und Freizeit verbringen unter Gleichgesinnten, losgelöst vom Hasten und Jagen der Großstädte, in gesunder frischer Waldluft bei guter

